

Das Freihandelsabkommen: Fluch oder Segen?

VERHANDLUNGEN Europäische Union möchte Handelshemmnisse mit den USA abbauen und verhandelt über TTIP

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) macht sich Sorgen: „Wenn wir nicht abgehängt werden wollen von den Wachstumsmärkten, dann muss Europa sich sputen“, sagte sie in dieser Woche auf einer Konferenz europäischer Familienunternehmer. Dabei warb sie auch für das Freihandelsabkommen TTIP mit den USA. Es wür-

de die wirtschaftlichen Aussichten des Kontinents verbessern, die Chancen abwägen die Risiken.

Doch das sehen nicht alle so. Vor allem Nichtregierungsorganisationen, Verbraucher- und Umweltschützer protestieren gegen den Vertrag, mobilisieren Millionen Bürger, sich an Petitionen zu beteiligen. Zu groß sei die Gefahr, dass eu-

ropäische Rechtsstandards in den Verhandlungen gesenkt werden. Außerdem sollen Unternehmen vor intransparenten Schiedsgerichten gegen politische Entscheidungen klagen können, wenn sie ihre Investitionen bedroht sehen.

Wir haben zwei Parteien und zwei Verbände aus dem Südwesten um ihre Meinung zu TTIP gebeten. *jab*



Fatal für Umweltschutzstandards

Mit den geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) bzw. Kanada (CETA) sollen vor allem sogenannte nicht-tarifäre „Handelshemmnisse“ wie Umwelt- und Verbraucherschutzstandards beseitigt bzw. an-

geglichen werden. Besonders fatal ist der sogenannte Investorenschutz, der Investoren vor strengen Verbraucher- und Umweltschutzstandards bewahren soll.

TTIP steht für die Interessen von großen, global agierenden Konzernen und ist unverträglich mit den Interessen der Bürgerinnen und Bür-

ger. Die Verhandlungen müssen deshalb gestoppt werden. Das CETA-Abkommen mit Kanada darf nicht ratifiziert werden.

Sylvia Pilarsky-Grosch
Geschäftsführerin des Bunds für Umwelt und Naturschutz (BUND) Baden-Württemberg



Chance für wirtschaftlichen Austausch

Die USA sind traditionell ein Top-Handelspartner Baden-Württembergs und wichtigster Absatzmarkt für hiesige Unternehmen. Diesen wirtschaftlichen Austausch durch einheitliche Standards zu vereinfachen und damit weiter auszubauen,

ist die große Chance von TTIP. Aktuell wird viel über die Inhalte der Verhandlungen des Abkommens diskutiert, welches immer noch scheitern kann. Im Interesse unserer Wirtschaft spreche ich mich klar für eine konstruktive Fortführung der Gespräche aus. Die Perspektive, sie zügig zum Abschluss zu bringen, müs-

sen wir einfach nutzen und dürfen diese Gelegenheit nicht verstreichen lassen, zumal unsere Standards dadurch nicht gesenkt, sondern harmonisiert werden sollen.

Peter Kulitz
Präsident des Industrie- und Handelskammertags Baden-Württemberg



An die Interessen der Verbraucher denken

Freihandel und fairer Wettbewerb können Wohlstand und Klimaschutz voranbringen. Auch TTIP birgt Potenziale. Allerdings: Wir Grünen werden keinem Abkommen zustimmen, das europäische Standards untergraben will. Wir sagen

Nein zu Chlorhühnchen und Fracking. Diese Richtung aber wurde eingeschlagen. Unsere ökologischen und sozialen Standards sind ein hohes Gut – für sie werden wir weiter kämpfen. Kritisch sehen wir die Schiedsgerichte: Wir brauchen keine Paralleljustiz, die internationale Konzerne privilegiert. Wir for-

dern endlich transparente Verhandlungen, in denen nicht nur die Interessen der Industrie, sondern auch der Arbeitnehmer und Verbraucher berücksichtigt werden – für eine nachhaltige Ökonomie der Zukunft.

Thekla Walker
Landesvorsitzende der Grünen



Der Bund für Umwelt und Naturschutz protestiert in diesen Wochen mit einem überdimensionalen Trojanischen Pferd im Südwesten gegen das Freihandelsabkommen TTIP. Auch in Heilbronn gab es eine solche Aktion. Foto: privat/Andreas Veigel



Existenziell auf Freihandel angewiesen

Der Abbau von Zöllen und Handelsschranken fördert Wachstum und schafft Arbeitsplätze. Daher setzt sich die FDP für den Freihandel ein.

Gerade ein exportstarkes Land wie Baden-Württemberg und

Deutschland profitiert nicht nur vom Freihandel, sondern ist existenziell darauf angewiesen. Ohne Freihandel gäbe es bei uns weder Bananen noch iPhones. Auch wertvolle Rohstoffe wie Seltene Erden führen wir ein. Die gegenseitige Anerkennung von Standards im Rahmen von TTIP würde vielen unserer

mittelständischen Unternehmen den Zugang zum amerikanischen Markt erleichtern. Klar ist, dass Verbraucher- und Umweltschutzstandards nicht außer Kraft gesetzt werden dürfen.

Michael Theurer
Landesvorsitzender der FDP

Zehn Punkte für die Einheit

Wie Helmut Kohl mit seinem Coup nach dem Mauerfall die Meinungsführerschaft übernahm – Partnerländer überrascht und teils verärgert

Von Kristina Dunz, dpa

BERLIN Den 28. November 1989 verbucht Horst Teltchik wie einen Sieg. War sein Chef, der Bundeskanzler, am Tag nach dem Mauerfall in West-Berlin noch ausgepiffen worden, hatte es anfangs so ausgesehen, als laufe Helmut Kohl den Deutungen von SPD-Politikern wie Walter Momper und Willy Brandt hinterher, hatte er nun das Ruder herumgerissen.

Den Tag nach Kohls Auftritt vom 28. November beschreibt Teltchik in seinem Buch „329 Tage“ so: „Heute morgen berichtet die gesamte deutsche und internationale Presse über die Zehn-Punkte-Rede Helmut Kohls. Das Echo ist überwältigend. Wir haben unser Ziel erreicht. Der Bundeskanzler hat die Meinungsführerschaft in der deutschen Frage übernommen.“

Der Zehn-Punkte-Plan. Laut Teltchik hatten sie im Kanzleramt zwei Wochen nach dem Mauerfall Bedenken, der Koalitionspartner FDP oder die oppositionelle SPD könnten vor Kohl ein Konzept zur deutschen Wiedervereinigung erarbeiten. Daher sei Eile geboten gewe-

sen. Der Plan sollte geheim gehalten werden, damit niemand dem Bundeskanzler noch zuvorkommen konnte. Zur Veröffentlichung wird der Tag der Haushaltsdebatte im Bundestag in Bonn gewählt. Der 28. November 1989.

Um aber sicherzustellen, dass die Medien gewappnet sind, gibt es am Vorabend für ausgewählte Journalisten eine vertrauliche Unterrichtung im Kanzleramt. Einiges ist schon aus dem CDU-Präsidium am Vormittag durchgesickert, wo Kohl die Idee eines Stufenplans zur deutschen Einheit streifte. „Diese vertraulichen Partei- und Fraktionsgremien sind so löchrig wie ein Schweizer Käse“, kommentiert Teltchik in seinem Buch, das er im August 1991 veröffentlicht. Für die allermeisten kommt Kohls Rede aber völlig überraschend.

Tragweite Am Rednerpult im Bundestag holt Kohl aus: „Erstens: (...) Die Bundesregierung ist zu sofortiger, konkreter Hilfe dort bereit, wo diese Hilfe jetzt benötigt wird. (...) Drittens: Ich habe angeboten, unsere Hilfe und unsere Zusammenarbeit umfassend auszuweiten, wenn

ein grundlegender Wandel des politischen und wirtschaftlichen Systems in der DDR verbindlich beschlossen und unumkehrbar in Gang gesetzt wird. (...) Viertens: (...) Diese Zusammenarbeit wird zunehmend auch gemeinsame Institutionen erfordern (...)“

Die größte Tragweite hat dann Punkt fünf: „Wir sind aber auch bereit, noch einen entscheidenden Schritt weiterzugehen, nämlich konföderative Strukturen zwischen beiden deutschen Staaten in Deutschland zu entwickeln mit dem Ziel, danach eine Föderation, das heißt eine

bundesstaatliche Ordnung, zu schaffen. (...) Sechstens: (...) Die künftige Architektur Deutschlands muss sich einfügen in die künftige Architektur Gesamteuropas (...) Siebtens (...) Den Prozess der Wiedergewinnung der deutschen Einheit verstehen wir als europäisches Anliegen (...). Zehntens: (...) Die Wiedervereinigung, das heißt die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands, bleibt das politische Ziel der Bundesregierung.“

Beifall. Großer Beifall, auch von der SPD. Ihr Partei- und Fraktionschef Hans-Jochen Vogel klatscht bedächtig. Angesichts der „nationalen Herausforderung“, wie er sagt, unterstütze er Kohl und warne vor Störungen durch Parteipolitik. Kohl hat die richtige Rede gehalten und das Fenster zur Einheit weit aufgestoßen. Nur die Grünen halten das Ziel der Wiedervereinigung für falsch.

Die Reaktionen im Ausland: US-Präsident George Bush steht der Wiedervereinigung offen gegenüber. Außenminister James Baker sagt: „Einheit kann vieles bedeuten: einen einzigen Bundesstaat, eine Konföderation oder sonst etwas.“

Frankreich ist zunächst verärgert, vor allem darüber, dass Kohl die Regierung in Paris vorher nicht informiert hatte. Der Elysée-Palast signalisiert aber, man könne damit leben.

Entscheidend ist aber Moskaus Haltung. Bei aller Glasnost (Offenheit) und Perestrojka (Umgestaltung) von Staatschef Michail Gorbatschow gibt sich der Kream zunächst skeptisch: Außenminister Eduard Schevardnadse wirft Kohl Einmischung in die Belange der DDR-Bürger vor, die ihren Staat selbst verändern wollten.

Großbritanniens Premierministerin Margaret Thatcher wettet, die Wiedervereinigung stehe nicht auf der Agenda. Das meint auch Egon Krenz, Ende November noch DDR-Staatsratsvorsitzender. Der damalige SPD-Politiker und spätere Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine nennt Kohls Zehn-Punkte-Plan gar einen „großen diplomatischen Fehlschlag“.

Das hatten Thatcher, Krenz und Lafontaine gemein: Sie lagen falsch. Die deutsche Einheit kam schneller als sie – und wohl viele Millionen andere – damals dachten.



25 Jahre Mauerfall



Stieß mit der Vorstellung eines Zehn-Punkte-Plans am 28. November 1989 die Tür zur Einheit weit auf: Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU). Foto: dpa